22. Juni 2018 Nr. 24/2018

6

Newsletter Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

#BargainForTheBudget: Kommission will Förderung von innovativen Unternehmen ausbauen

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

Parlament und Rat einigen sich auf Energieeffizienzziele
EP-Rechtsauschuss verabschiedet aktualisierte
Regeln zum Urheberrecht

Rat der Europäischen Union

- Besserer Schutz von Minderjährigen vor Gewalt und Hetze auf Videoplattformen
- Aarhus-Konvention auf dem Prüfstand

Europäische Kommission

 Initialzündung für EU-Handelsabkommen mit Australien
Politische Einigung über den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten

In eigener Sache

 EU-Fachexkursion von Führungskräften der Tiroler Landesverwaltung

Laufende Konsultationen7Tagesordnungen der Institutionen8Impressum und Abbildungsverzeichnis8

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel Rue de Pascale 45–47 B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00 Fax: 0032 2 742 09 80 E-Mail: info@alpeuregio.eu

Thema der Woche



#BargainForTheBudget: Kommission will Förderung von innovativen Unternehmen ausbauen

Noch vor dem Start des neuen mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027 will die Kommission die Initiative "Stufenleiter zur Spitzenforschung" verlängern und ausbauen.

Die von der Gemeinsamen Forschungsstelle koordinierte Initiative unterstützt Regionen dabei, Strategien für Spezialisierungen in Nischenbranchen und -produkten zu entwickeln und auszubauen. Hintergrund sind die positiven Auswirkungen von hochwertigen Spezialisierungen mit Wettbewerbsvorteil für Wachstum und Entwicklung. Auch wenn die Initiative primär Regionen mit höherem Innovationsrückstand unter die Arme greifen will, können auch höher entwickelte Regionen wie Tirol gemeinsam mit deren innovativen Unternehmen von dem EU-Programm profitieren.

Konkret bietet die Initiative fachliche Unterstützung zur Verbesserung der Strategien in den Bereichen regionale Innovationssysteme wie die Qualität der öffentlichen Forschung, effiziente Verbindungen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sowie unternehmensfreundliches Umfeld.

Die Initiative unterstützt die Regionen auch dabei, die zur Umsetzung der Strategien potentiell verfügbaren Mittel der Regionalpolitikfonds, des EU-Forschungsprogramms "Horizont Europa" und dem neu geplanten Programm "Digitales Europa"

besser zu erschließen. Außerdem soll die Initiative die bisher unzureichende Zusammenarbeit zwischen lokaler Wirtschaft und Wissenschaft sowie die geringe Beteiligung an EU-Forschungsmittel verbessern.

Die Initiative wird dazu beitragen, spezifische regionale Innovationsengpässe zu identifizieren und zu überwinden, wie z.B. die fehlende Zusammenarbeit zwischen der lokalen Wirtschaft und der Wissenschaft oder die geringe Beteiligung am derzeitigen Programm "Horizont 2020".

Die Gemeinsame Forschungsstelle wird darüber hinaus Vernetzungsmöglichkeiten und Workshops für die Regionen anbieten, um Kontakte und den Austausch bewährter Verfahren beim Aufbau regionaler Innovationsstrategien zu ermöglichen. Dadurch soll auch die Entwicklung von Partnerschaften wie die Euregio für interregionale Innovationsinvestitionen erleichtert werden.

Europäisches Parlament



Parlament und Rat einigen sich auf Energieeffizienzziele

Am 20. Juni erzielten die VerhandlerInnen der beiden Institutionen eine Einigung auf Energieeffizienzziele, zu denen sich die EU im Pariser Klimaabkommen verpflichtet hat.

Die informelle Einigung sieht bis 2030 ein Energieeffizienzziel von 32,5 % vor. Sollten sich die ökonomischen und technologischen Fortschritte besser entwickeln als erwartet, kann bei der geplanten Evaluierung des Zieles dieses hinaufgesetzt werden. Eine Senkung ist verboten.

Außerdem wurde vereinbart, dass die Mitgliedstaaten zwischen 2021-2030 jährlich ihre Energieeffizienz um mind. 0,8 % real steigern. Damit soll der Druck erhöht werden, schneller mehr Gebäude zu sanieren sowie

technologische Verbesserungen bei Heiz- und Kühlsystemen anzukurbeln.

Zudem werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, bis Ende 2019 einen umfassenden nationalen Energie- und Klimaplan vorzulegen, der die Strategie zum Erreichen der Ziele beinhaltet. In dem Plan enthalten sein müssen spezifische nationale Ziele, Gesetzesänderungen und Maßnahmen für die Bereiche Dekarbonisierung, Energieeffizienz, Energiesicherheit, Energiemarkt und Forschung.

Mehr Informationen

EP-Rechtsauschuss verabschiedet aktualisierte Regeln zum Urheberrecht

Am 20. Juni stimmte der EP-Rechtsausschuss (JURI) für neue Urheberrechtsregeln, die den neuen Umständen im digitalen Zeitalter besser gerecht werden sollen.

Die in der Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt geplanten neuen Regeln sollen vor allem KünstlerInnen vor Geschäftsmodellen großer Online-Plattformen und Nachrichten-Aggregatoren besser schützen. Diese laufen bisher oft finanziell zu Ungunsten der eigentlichen Kulturschaffenden. Mit den neuen Regeln müssten Online-Plattformen künftig beispielsweise verpflichtend Gebühren an Rechteinhaber zahlen, deren Inhalte auf die Plattformen hochgeladen wurden. Alternativ muss der Upload blockiert werden.

Die Regeln beinhalten auch Bestimmungen zum expliziten Schutz der Meinungsfreiheit im Internet. Das System der Überprüfung muss demensprechend u.a. das Einreichen einfacher Rechtsbehelfe umfassen, um gegen zu Unrecht blockierte Inhalte Einspruch einlegen zu können.

Als nächsten Schritt wurde die Aufnahme von Verhandlungen zum finalen Gesetzesentwurf beschlossen.

Rat der Europäischen Union



Besserer Schutz von Minderjährigen vor Gewalt und Hetze auf Videoplattformen

Am 13. Juni hat der Rat eine mit dem Parlament erzielte informelle Einigung auf die Änderung der Richtlinie für audiovisuelle Dienste bestätigt.

Unter audiovisuellen Dienste fallen neben dem Fernsehsektor auch alle neuen Internetdienste wie Streamingdienste, Videoplattformen und Videos in sozialen Netzen.

Die Revision der Richtlinie hat zum Ziel, gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle BetreiberInnen in Bezug auf den Schutz der ZuschauerInnen zu schaffen, unabhängig davon, welche Dienste sie anbieten und welche Plattformen sie nutzen. Mit der expliziten Zuweisung der Verantwortung für diesen Schutz an Videoplattformen sollen speziell Minderjährige weniger Gewalt verherrlichenden oder schädlichen Inhalten und Hetze ausgesetzt sein. Die Mitgliedstaaten können künftig über ihre zuständigen nationalen Behörden gegen

BetreiberInnen vorgehen, die gegen die Vorschriften verstoßen und wenn gewünscht die Bestimmungen sogar verschärfen.

Außerdem will die Richtlinie mit der Bestimmung für Mediendienste, mind. 30 % europäische Inhalte anbieten zu müssen, die kulturelle Vielfalt Europas stärken. Auch die bessere Zusammenarbeit der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten durch die Verstärkung der Gruppe europäischer Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste (ERGA) ist vorgesehen.

Mehr Informationen

Aarhus-Konvention auf dem Prüfstand

Mittels eines Beschlusses hat der Rat die Kommission beauftragt, eine Untersuchung des Übereinkommens von Aarhus einzuleiten.

Das Übereinkommen von Aarhus stellt ein wichtiges Instrument in Sachen Umweltdemokratie dar, da es die Beteiligung von NGOs und anderen InteressensvertreterInnen insbesondere in umweltrechtlichen Gerichtsverfahren garantiert. Die EU hat das Übereinkommen durch die Verordnung (EG) Nr. 1367/2006 umgesetzt. Diese Verordnung ermöglicht es NGOs, vor den europäischen Gerichten Verfahren gegen Beschlüsse von Organen und Einrichtungen der Union einzuleiten.

Dem Ratsbeschluss gingen die Feststellungen des Überwachungsausschusses voraus, dass die Umsetzung dieser Verordnung auf EU-Ebene mangelhaft ist. Daher empfahl der Ausschuss, dass alle einschlägigen EU-Organe Schritte unternehmen, um die Umsetzungsdefizite zu beheben und sicherzustellen, dass die EU ihren Verpflichtungen nach dem Übereinkommen vollständig nachkommt.

Im Beschluss wird die Kommission ersucht, die Untersuchung bis 30. September 2019 abzuschließen und, sollten angesichts der Ergebnisse Änderungen notwendig erscheinen, einen Vorschlag zur Änderung der Verordnung bis 30. September 2020 auszuarbeiten.

Europäische Kommission



Initialzündung für EU-Handelsabkommen mit Australien

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström hat mit Australiens Premierminister Malcolm Turnbull und Handelsminister Steven Ciobo in Canberra offiziell Verhandlungen über ein ambitioniertes Handelsabkommen zwischen der EU und Australien aufgenommen.

Die EU ist bereits jetzt der zweitwichtigste Handelspartner Australiens. Der bilaterale Warenhandel zwischen der EU und Australien ist in den letzten Jahren stetig gestiegen und belief sich im vergangenen Jahr auf fast 48 Mrd. EUR.

Vor diesem Hintergrund sollen mit der Ausarbeitung eines Handelsabkommens Hemmnisse für den Waren- und Dienstleistungsverkehr beseitigt sowie neue Chancen für große und kleine Unternehmen geschaffen werden. Die erste offizielle Verhandlungsrunde soll vom 2. bis 6. Juli in Brüssel stattfinden.

Mehr Informationen

Politische Einigung über den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten

Das Parlament, der Rat und die Kommission konnten eine politische Einigung über eine vorgeschlagene Verordnung erzielen, die die Speicherung und Verarbeitung von nicht personenbezogener Daten überall in der EU ermöglicht.

Datenlokalisierungsbeschränkungen in Bezug auf nicht personenbezogene Daten sollen künftig die Ausnahme sein und nur noch nach vorheriger Mitteilung an die Kommission in bestimmten Fällen der Verarbeitung von Daten des öffentlichen Sektors möglich sein. Die Vorschriften haben u.a. das Ziel, die Schaffung einer wettbewerbsfähigen Datenwirtschaft im digitalen Binnenmarkt zu unterstützen.

Da sich die Verordnung über den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten nicht auf

personenbezogene Daten erstreckt, hat sie keine Auswirkungen auf die Anwendung der Datenschutz-Grundverordnung. Die beiden Verordnungen werden jedoch zusammenwirken, um einen einheitlichen europäischen Datenraum zu ermöglichen.

jenseits der EU-Außengrenzen im Berlaymont-Gebäude der Kommission statt.

In eigener Sache



EU-Fachexkursion von Führungskräften der Tiroler Landesverwaltung

Am 19. und 20. Juni hieß das Tirol-Büro die erste EU-Fachexkursion von Führungskräften der Tiroler Landesverwaltung willkommen.

Neben einem Besuch des Europäischen Parlaments inklusive einem Austausch mit dem Südtiroler MEP Herbert Dorfmann sowie Tirols MEP Karoline Graswander-Hainz standen mehrere interessante Vorträge und Diskussionen mit EU-Kommissionsbeamten zu den Themen Verkehr sowie Umwelt und Natura 2000 auf dem Programm. Außerdem erhielten die TeilnehmerInnen spannende Einblicke in klassisch europäische Themen wie Wettbewerbspolitik und dem EU-Budget. Am Abend trafen die TeilnehmerInnen noch Kommissar Hahn und den steirischen Landeshauptmann Schützenhofer im Rahmen eines Empfangs im Steiermark-Büro.

Als Abschluss fand ein Treffen mit Michael Karnitschnig, Kabinettschef von EU-Kommissar Johannes

Hahn, über die europäischen Herausforderungen jenseits der EU-Außengrenzen im Berlaymont-Gebäude der Kommission statt.





Laufende Konsultationen



Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichlkeiten der Bürgerbeteiligung. Öffentliche Konsultationen ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

Fangmöglichkeiten für 2019 im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

11. Juni 2018 - 21. August 2018

Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Unterstützung der EU für die Rechtsstaatlichkeit in den Nachbarschaftsländern und bei den Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten (2010–2017)

Europäische Nachbarschaftspolitik und EU-Erweiterung

11. Juni 2018 - 17. September 2018

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Regelung für die Flottenzugänge und - abgänge

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

4. Juni 2018 - 3. September 2018

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Ozonverordnung

Klimaschutz

1. Juni 2018 - 24. August 2018

Öffentliche Konsultation zur Zwischenbewertung der direkten Mittelverwaltung im Rahmen des Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

28. Mai 2018 - 3. September 2018

Öffentliche Konsultation zu Verbrauchsteuern auf Tabakwaren und zur möglichen Besteuerung neuartiger Tabakerzeugnisse

Öffentliches Gesundheitswesen, Steuern

23. Mai 2018 - 3. September 2018

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA)

Grenzen und Sicherheit, Öffentliches Gesundheitswesen

18. Mai 2018 - 10. August 2018

Öffentliche Konsultation als Beitrag zur Eignungsprüfung für die Luftqualitätsrichtlinien

Umwelt

8. Mai 2018 - 31. Juli 2018

Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie hier.

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie <u>hier</u>. Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie <u>hier</u>.

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie hier.

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie hier.

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie hier.

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie hier.

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie hier.

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -Südtirol - Trentino bei der EU Land Tirol Rue de Pascale 45-47 B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00 Fax: 0032 2 742 09 80 E-Mail: <u>info@alpeuregio.eu</u> Homepage: <u>www.alpeuregio.org</u>

Redaktion und Bearbeitung: Direktor Mag. Dr. Richard Seeber Michael Jennewein, BA

Abbildungsverzeichnis

Seite 6: Bild 1 privat, Bild 2 Steiermark-Büro

